



FAKTEN STATT ZERRBILDER

Gerechtigkeit 4.0 – so gerecht ist Deutschland

Inhalt

Die Soziale Marktwirtschaft schafft Wohlstand und soziale Gerechtigkeit	2
1 Lohnungleichheit: seit 2006 rückläufig	4
2 Niedriglohn: Sprungbrett in gute Beschäftigung	6
3 Bezahlung von Frauen und Männern: Unterschiede erkennen – wahre Ursachen angehen	8
4 Reallohnentwicklung: Beschäftigte profitieren spürbar vom Aufschwung	10
5 Überstunden: seit Jahren deutlicher Rückgang	12
6 Einkommensunterschiede: keine Bremsspur beim Wachstum	14
7 Einkommensverteilung: gute Lage unterschätzt	16
8 Mittelschicht stabil: Steuer- und Abgabenlast senken	18
9 Bildung: der wichtigste Schutz vor Arbeitslosigkeit	20
10 Armut: Arbeit schaffen – Aufstieg ermöglichen	22
11 Vermögensaufbau: stark durch Altersstruktur einer Gesellschaft geprägt	24
12 Umverteilung: Starke Schultern tragen Hauptlast der Einkommensteuer	26
13 Steuern: Soziale Gerechtigkeit geht nicht durch noch mehr Umverteilung	28

Die Soziale Marktwirtschaft schafft Wohlstand und soziale Gerechtigkeit

In jüngster Zeit wird die Frage, wie gerecht es in unserem Land zugeht, zunehmend kontrovers diskutiert. Ansatzpunkte liefern dabei der kürzlich vorgelegte Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung sowie die Veröffentlichung von Marcel Fratzscher (2016), in der die zugespitzte These vertreten wird, dass das Versprechen des „Wohlstands für alle“ in Deutschland längst nicht mehr eingehalten werde. Über die Frage, was unter Gerechtigkeit zu verstehen ist und wie viel Umverteilung in einer Gesellschaft erforderlich ist, um den sozialen Zusammenhalt zu sichern, lässt sich trefflich streiten. Allerdings stellt sich zugleich die entscheidende Frage, ob die Einschätzungen zu einzelnen Aspekten der sozialen Lage – beispielsweise zur Lohn- und Einkommensentwicklung, zur Armut, zum Umverteilungsvolumen, zur Steuer- und Abgabenlasten armer und reicher Bürger – den Tatsachen entsprechen oder ob es nicht vielmehr eine verzerrte Wahrnehmung gibt. Denn zu Recht warnt der Caritas-Generalsekretär Georg Cremer (2016) vor einer „Dramatisierung und Skandalisierung, die sich abkoppelt von der nüchternen Darlegung der statistischen Fakten“, da dies lediglich irrationale Ängste befeuert und damit auch den Blick für erforderliche Reformen verstellt.

Die Autoren dieser Broschüre argumentieren von der Grundposition der Sozialen Marktwirtschaft aus: Unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung liefert einen verlässlichen Rahmen für Leistungsgerechtigkeit, wirtschaftlichen Erfolg und Wohlstand – und sichert zugleich soziale Stabilität in der Gesellschaft. Markenzeichen der Sozialen Marktwirtschaft ist das gleichzeitige Streben nach wirtschaftlichem Erfolg und sozialem Ausgleich. Sie funktioniert nur mit klaren gesetzlichen Vorgaben und baut auf Verantwortung und Haftung für das eigene Handeln. Die Soziale Marktwirtschaft setzt darauf, dass jeder Mensch versucht, sein Leben selbst zu gestalten und Eigenverantwortung zu übernehmen. Wer dazu nicht in der Lage ist, wird durch die Solidargemeinschaft unterstützt

und durch das soziale Netz aufgefangen. Ausdruck findet dies in den erbrachten Sozialleistungen: Diese Summe erreichte 2015 den Rekordwert von 888,2 Mrd. € bei einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 3.025,9 Mrd. €. Damit machen die Sozialleistungen – wie auch schon in den vorangegangenen Jahren – konstant ca. 30 % des BIP aus (BMAS, 2016). 1960 lag die Sozialleistungsquote noch bei 18,3 % und 1970 bei 20,2 %.

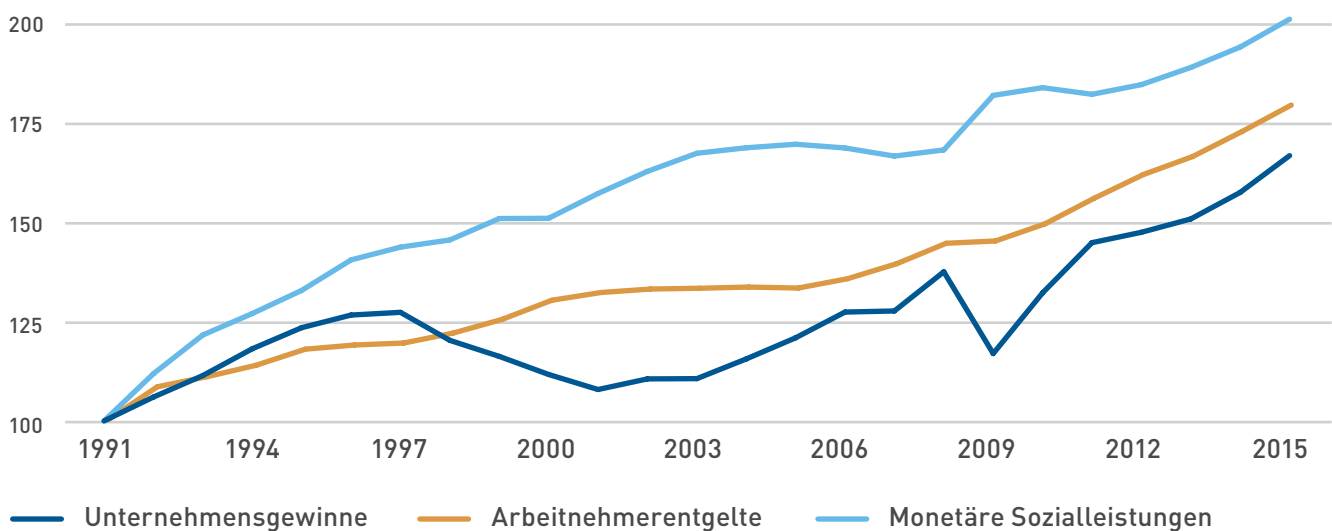
Wir sind nicht davon überzeugt, dass ein Mehr an Umverteilung stets ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit hervorbringt. Im 21. Jahrhundert ist Bildung der Schlüssel zur Teilhabe. Gerechtigkeit im digitalen Zeitalter wird durch weltbeste Bildung ermöglicht, die den Menschen die Kompetenzen und Fähigkeiten gibt, um die

Wir sind nicht davon überzeugt, dass ein Mehr an Umverteilung stets ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit hervorbringt. Im 21. Jahrhundert ist Bildung der Schlüssel zur Teilhabe. Gerechtigkeit im digitalen Zeitalter wird durch weltbeste Bildung ermöglicht, die den Menschen die Kompetenzen und Fähigkeiten gibt, um die Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung anzunehmen (BDA, 2017).



WOHLSTAND KOMMT BEI DEN BÜRGERN AN

Arbeitnehmerentgelte und Sozialleistungen wachsen stärker als Unternehmensgewinne, 1991 = 100



Quelle: SVR, 2016

Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung anzunehmen (BDA, 2017). So kann die Soziale Marktwirtschaft soziale Mobilität ermöglichen und die Grundlage für den individuellen Wohlstand sichern.

Dass die Soziale Marktwirtschaft Wohlstand schafft, lässt sich insbesondere daran ablesen, dass zwischen 1991 und 2015 die Tariflöhne je Stunde um 92 % und die Löhne je Beschäftigten um 63,5 % anstiegen, während die

Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen lediglich um 23 % und die Verbraucherpreise um ca. 52 % zulegten. Bemerkenswert ist zudem, dass entgegen manchen Mutmaßungen im gleichen Zeitraum die Arbeitnehmerentgelte mit gut 80 %, die monetären Sozialleistungen um mehr als 100 % und die betrieblichen Versorgungsansprüche um knapp 234 % wuchsen – die Unternehmensgewinne jedoch einen Anstieg von lediglich knapp 68 % verzeichnen konnten. Dies zeigt ganz deutlich,

dass der Wohlstandsgewinn bei den Arbeitnehmern ankommt.

Zudem können sich die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland heute mit weniger Arbeitseinsatz mehr Produkte leisten: Für eine Waschmaschine mussten Arbeitnehmer 1960 im Schnitt gut 221 Stunden arbeiten – heute nur noch knapp 23 Stunden; für einen Kleiderschrank sind heutzutage knapp 32 Stunden erforderlich – 1960 waren es noch fast 70 Stunden (IW Köln, 2017b).

Lohnungleichheit: seit 2006 rückläufig

„Wir haben eine sehr starke Lohn-differenz. Das Auseinanderdriften der Löhne ist real. Es darf nicht sein, dass nur die oberen Lohngruppen vom Aufschwung profitieren und die unteren Lohngruppen davon abgekoppelt werden.“

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles,
Tagesspiegel, 14. April 2017

ZERRBILD

Die Ungleichheit der Bruttoarbeits-einkommen nimmt seit 2006 ab – trotz differenzierter Lohnstrukturen. Zugleich sind differenzierte Lohnstrukturen entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe und die Arbeitsplatzsicherheit in Deutschland.

FAKT

Die Gründe für Einkommensdifferenzen liegen darin, dass Menschen mit unterschiedlichen Qualifikationen und Werdegängen in unterschiedlichen Regionen, Wirtschaftszweigen, Branchen und Unternehmen arbeiten, die sich aufgrund einer Vielzahl von Einflussfaktoren wie z. B. der Produktivitätsentwicklung, der Globalisierung, des technologischen Fortschritts oder der fortschreitenden Digitalisierung heute immer stärker unterschiedlich entwickeln.

Diese Differenziertheit ist für die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe und damit für die Beschäftigungssicherheit und -entwicklung besonders wichtig. Eine differenzierte und flexible Lohngestaltung ist auch das wesentliche Element des erfolgreichen tarifpolitischen Modernisierungskurses in Deutschland. Dieser hat u. a. dazu

In Deutschland liegen die Steigerungsraten von Tarif- und Bruttostundenverdiensten seit Jahren weit über dem Zuwachs der Arbeitsproduktivität.

geführt, dass Deutschland die Wirtschaftskrise nach 2009 ohne Beschäftigungseinbrüche und weitaus schneller überstanden hat als alle europäischen Nachbarstaaten. Diese Differenziertheit ist aber nicht gleichzusetzen mit einer unterdurchschnittlichen Lohnentwicklung bzw. unterdurchschnittlichen Löhnen. Denn in Deutschland liegen die Steigerungsraten von Tarif- und Bruttostundenverdiensten seit Jahren weit über dem Zuwachs der Arbeitsproduktivität. Selbst der Bruttostundenlohn in der untersten Leistungsgruppe – bei den

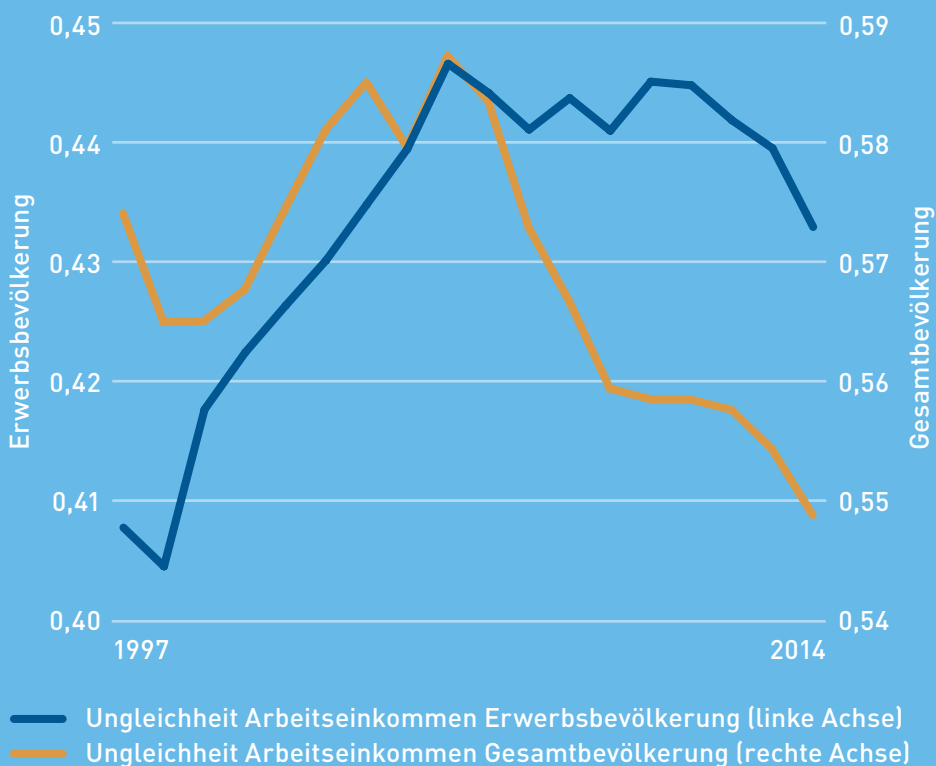
ungelernten Arbeitnehmern – im Dienstleistungsbereich lag zuletzt mit durchschnittlich 12,33 € fast 40 % über dem Niveau des gesetzlichen Mindestlohns (Statistisches Bundesamt, 2017a).

Die Lohnspreizung insbesondere am unteren Rand hat aber vor allem für die Beschäftigungschancen von Geringqualifizierten und Langzeitarbeitslosen eine große Bedeutung. Wichtig dabei ist, dass Aufstieg aus dem Niedriglohnbereich immer möglich ist. Dass dies in Deutschland der Fall ist, bestätigen aktuelle empirische



TROTZ DIFFERENZIERTER LOHNSTRUKTUREN NIMMT DIE UNGLEICHHEIT DER BRUTTO-ARBEITSEINKOMMEN SEIT 2006 AB

Gini-Koeffizient für Erwerbsbevölkerung und Gesamtbevölkerung



Befunde auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels. So haben über 27% der Geringverdiener des Jahres 2014, die auch im Folgejahr abhängig beschäftigt waren, den Sprung in eine höhere Beschäftigung geschafft. Die Basis für eine verbesserte Durchlässigkeit ist dabei immer die Qualifizierung und die damit verbundene Steigerung der Wertschöpfung (Schäfer und Schmidt, 2017).

Quelle: ifo Institut, 2016; Berechnungen auf Basis von SOEP v32 für Personen im Alter von 16 bis 65 Jahren

Niedriglohn: Sprungbrett in gute Beschäftigung

„Der große Niedriglohnsektor ist der Agenda 2010 zu verdanken. Korrekturen sind dringend geboten.“

Annelie Buntenbach, DGB-Vorstandsmitglied,
Rhein-Neckar-Zeitung, 25. Februar 2017

ZERRBILD

Nach Abschluss der Agenda 2010 ist der Niedriglohnbereich nicht weiter gewachsen: 2006 arbeiteten 22,4 % der Beschäftigten im Niedriglohnbereich, 2015 waren es 22,2 %.

(DIW, 2017).

FAKT

Die Agenda 2010 hat die Ausweitung des Niedriglohnbereichs gebremst: Zwischen 1996 und 2006 stieg der Niedriglohnbereich von rd. 15 % auf knapp 21 %. Zwischen 2006 und 2015 ist er hingegen lediglich von knapp 21 % auf knapp 22 % gestiegen (Schäfer und Schmidt, 2017). Mehr als die Hälfte der über 1 Mio. Langzeitarbeitslosen hatten 2016 keine abgeschlossene Berufsausbildung, davon hatte rd. ein Drittel noch nicht einmal einen Schulabschluss (BA, 2017a). Viele von ihnen können den Einstieg in Beschäftigung in der Regel nur über einfache Tätigkeiten schaffen: Über 40 % der Geringqualifizierten arbeiten im Niedriglohnbereich (Kalina und Weinkopf, 2016).

Einfache Tätigkeiten sind in der Regel mit geringer Wertschöpfung verbunden und können nur gering entlohnt werden, weil die Arbeitsplätze sonst mehr kosten,

als sie erwirtschaften. Marktgerechte Löhne für einfache Tätigkeiten sind nicht unsozial, sondern ermöglichen auch Menschen mit geringer Qualifikation eine produktive Beschäftigung. Die Beschäftigung von Geringqualifizierten steigt: Rund 58 % der Geringqualifizierten haben inzwischen eine Beschäftigung, 1999 waren es

Der Niedriglohnbereich bietet Aufstiegschancen, die weiter verbessert werden müssen: Über ein Viertel aller Niedriglohnbezieher schaffen binnen eines Jahres den Aufstieg in eine besser entlohnte Tätigkeit.

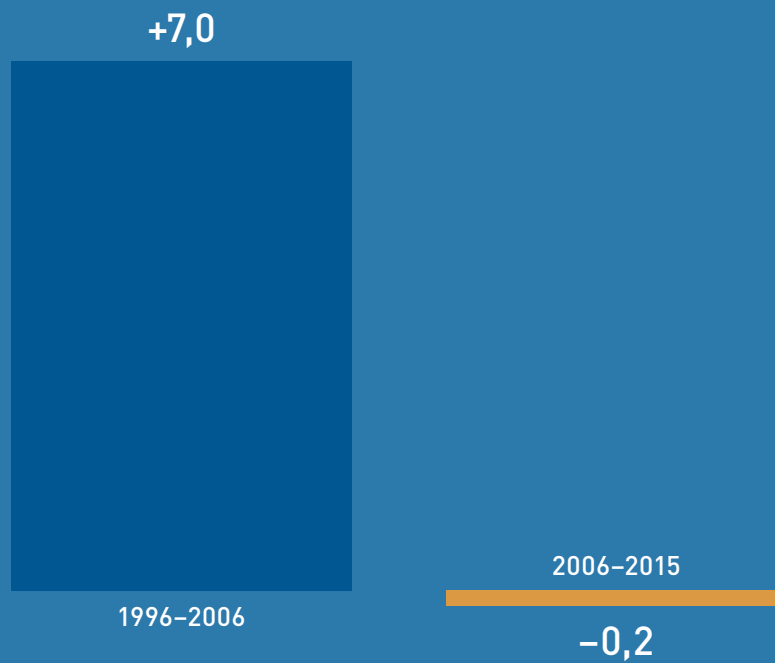
nur 51 %. Ohne Niedriglohnbereich wäre dieser Sprung nicht möglich gewesen (Eurostat, 2016).

Der Niedriglohnbereich bietet Aufstiegschancen, die weiter verbessert werden müssen: Über ein Viertel aller Niedriglohnbezieher schaffen binnen eines Jahres den Aufstieg in eine besser entlohnte Tätigkeit. Je höher die Qualifikation, desto besser sind die individuellen Aufstiegschancen (Schäfer und Schmidt, 2017). Der Aufstieg in eine höher entlohnte Beschäftigung ist bei Geringverdienern im Vergleich zu Arbeitslosen wahrscheinlicher, da Erwerbstätigkeit den Verlust von arbeitsmarktrelevanten Qualifikationen verhindert (Schank, 2008). Niedriglohnbeschäftigung ist ein Ausweg aus Armut. Knapp 60 % der Arbeitslosen gelten als armutsgefährdet (Statistisches Bundesamt, 2016), bei den Niedriglohnbeschäftigten sind es nur rd. 16 % (Schäfer und Schmidt, 2017).



AUSWEITUNG DES NIEDRIGLOHNBEREICHS RÜCKLÄUFIG

Zuwachs des Anteils der Beschäftigten im
Niedriglohnbereich an allen abhängig Beschäftigten,
in Prozentpunkten



Quelle: Brenke und Kritikós, 2017

Bezahlung von Frauen und Männern: Unterschiede erkennen – wahre Ursachen angehen

„Das ist eine der schlimmsten Demütigungen, finde ich, die es in diesem Lande gibt, dass Frauen schlechter bezahlt werden als Männer.“

Martin Schulz, SPD-Vorsitzender,
Rede vom 27. Mai 2017 in Berlin

ZERRBILD

Tarifverträge sind geschlechtsneutral und sichern eine faire Bezahlung. Die tatsächliche Entgeltlücke liegt bei nur rd. 2% – wenn im Gegensatz zur unbereinigten Lohnlücke Unterschiede in der Berufsbiografie von Frauen und Männern berücksichtigt werden.

FAKT

Das durchschnittliche Entgelt aller Frauen liegt tatsächlich 21% unter dem Durchschnittsgehalt aller Männer (Statistisches Bundesamt, 2017b). Hierbei werden jedoch nicht Kolleginnen und Kollegen miteinander verglichen, sondern alle Beschäftigten insgesamt, also beispielsweise eine Berufseinsteigerin im Einzelhandel in Mecklenburg-Vorpommern mit einem Geschäftsführer in der Metall- und Elektroindustrie in Bayern. Berufserfahrung, Art der Tätigkeit, Branche, Arbeitszeitvolumen, Qualifikation usw. werden nicht berücksichtigt.

Die Berufsbiografien von Männern und Frauen unterscheiden sich leider immer noch voneinander. Frauen entscheiden sich z. B. seltener für Branchen und Berufe mit höheren Verdienst- und Karrierechancen, sind in geringerem Stundenumfang erwerbstätig und

Frauen entscheiden sich z. B. seltener für Branchen und Berufe mit höheren Verdienst- und Karrierechancen.

erreichen deshalb auch seltener Führungspositionen als Männer. Werden diese Unterschiede berücksichtigt, bleibt ein Entgeltunterschied von 6% (Statistisches Bundesamt, 2017b). Berechnet man zudem familienbedingte Auszeiten ein, schrumpft der Entgeltabstand auf 2% (Boll und Leppin, 2015).

In Ostdeutschland werden 52% der Kinder unter drei Jahren in einer Tageseinrichtung oder Tagespflege betreut, in Westdeutschland lediglich rd. 27% (BMFSFJ, 2015). Die gute Betreuungssituation und andere Rollenbilder erleichtern Frauen in Ostdeutschland eine umfangreiche Erwerbstätigkeit, den beruflichen Aufstieg und höhere

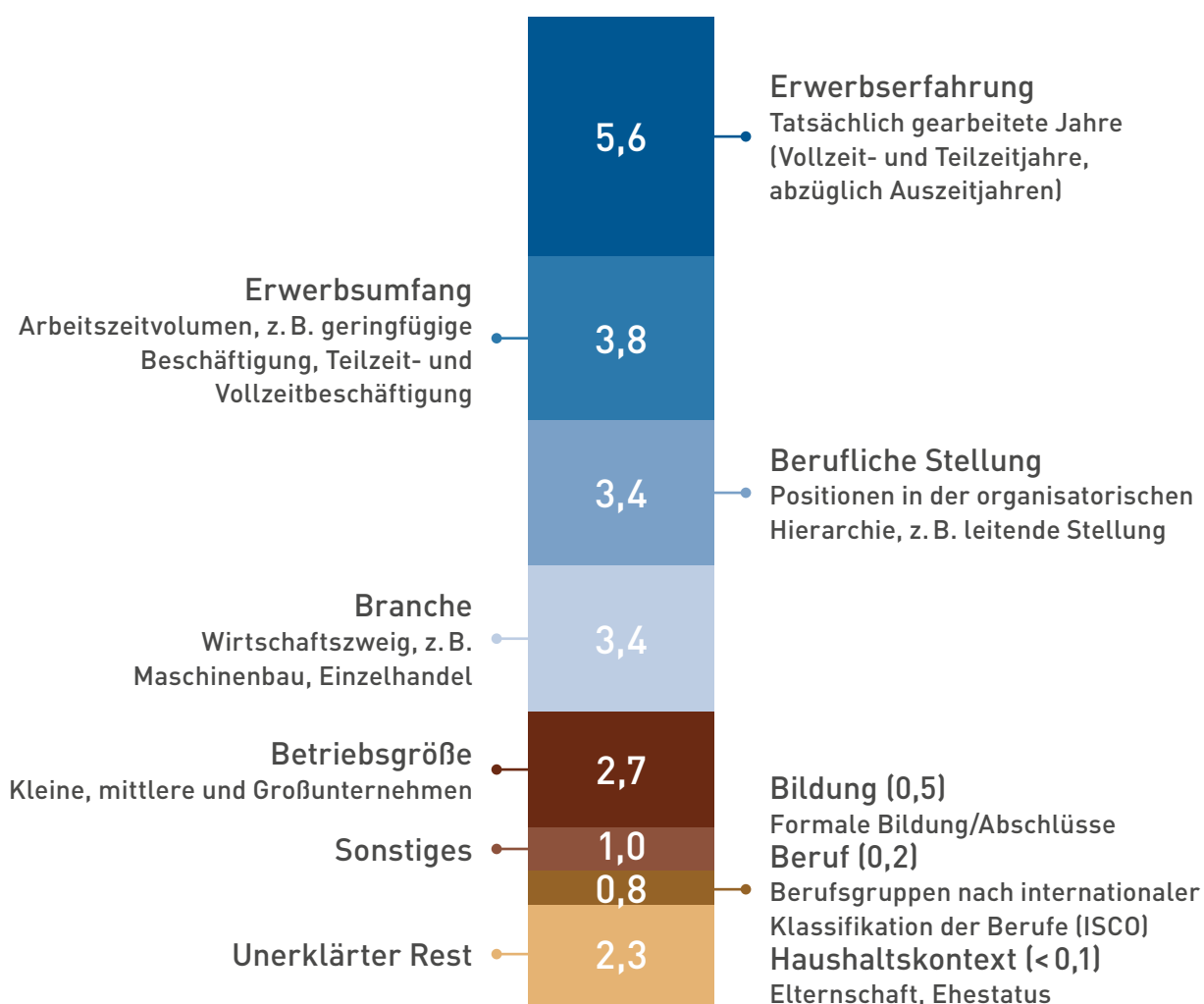
Entgelte: In Ostdeutschland ist der Frauenanteil an den Führungspositionen sowohl auf der ersten Führungsebene mit über 30% als auch auf der zweiten mit 44% höher als in Westdeutschland mit 23% bzw. 37% (IAB, 2016a).

Um die Karriere- und Erwerbsaussichten von Frauen zu verbessern, sind mehr hochwertige, bedarfsgerechte und bezahlbare Ganztagskinderbetreuungseinrichtungen sowie Ganztagsschulen, eine bessere Berufsorientierung, der Abbau von Fehlanreizen im Steuer- und Sozialversicherungsrecht und eine partnerschaftliche Aufteilung von Familienbetreuung und Erwerbsarbeit dringend erforderlich.



UNTERSCHIEDE IN ERWERBSVERHALTEN UND BERUFSWAHL ZWISCHEN FRAUEN UND MÄNNERN ENDLICH ANGEHEN

Gründe und ihr jeweiliger Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Entgeltlücke, in Prozentpunkten



Quelle: Boll und Leppin, 2015

Reallohnentwicklung: Beschäftigte profitieren spürbar vom Aufschwung

„Es gibt unanständige Löhne
in unserem Land.“

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles,
Westfälische Rundschau, 18. Februar 2017

ZERRBILD

Seit Jahren steigen die Tarif- und
Bruttoverdienste der Beschäftigten
an. Die Löhne in Deutschland sind
im EU-Vergleich nach wie vor über-
durchschnittlich hoch.

FAKT

Die Lohnentwicklung in Deutschland war zu Beginn der 2000er Jahre geprägt durch moderate Erhöhungen. Diese Entwicklung war wichtig für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandorts. In dieser Zeit galt Deutschland als „kranker Mann Europas“. Trotz der Lohnzurückhaltung lagen die Bruttoverdienste in Deutschland damals wie auch heute weit über dem EU-Durchschnitt.

Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 sind sowohl die Tarifverdienste als auch die Bruttoverdienste in Deutschland insgesamt kräftig gestiegen. Die tariflichen Monatsverdienste stiegen von 2010 bis 2016 um ca. 15 %, die Bruttomonatsverdienste um 16 %. Im Durchschnitt verdient heute ein Arbeitnehmer in Deutschland, den gesamten Dienstleistungssektor mit

einbezogen, über 3.700 € pro Monat – ohne Berücksichtigung von Sonderzahlungen. Im produzierenden Gewerbe liegt der entsprechende Durchschnittsverdienst bei 3.850 €, mit Sonderzahlungen bei 4.056 €. Im Schnitt hatte hierzulande jeder Arbeitnehmer Ende 2016 über 600 € brutto mehr auf seiner Gehaltsabrechnung als noch zu Krisenbeginn (Statistisches Bundesamt, 2017c).

Im Europavergleich liegt der durchschnittliche Monatsverdienst in Deutschland rd. 20 % über dem Durchschnittsverdienst der 28 EU-Staaten (Eurostat, 2017). Aber auch real haben die Menschen seit den Jahren der Krise fast kontinuierlich mehr im

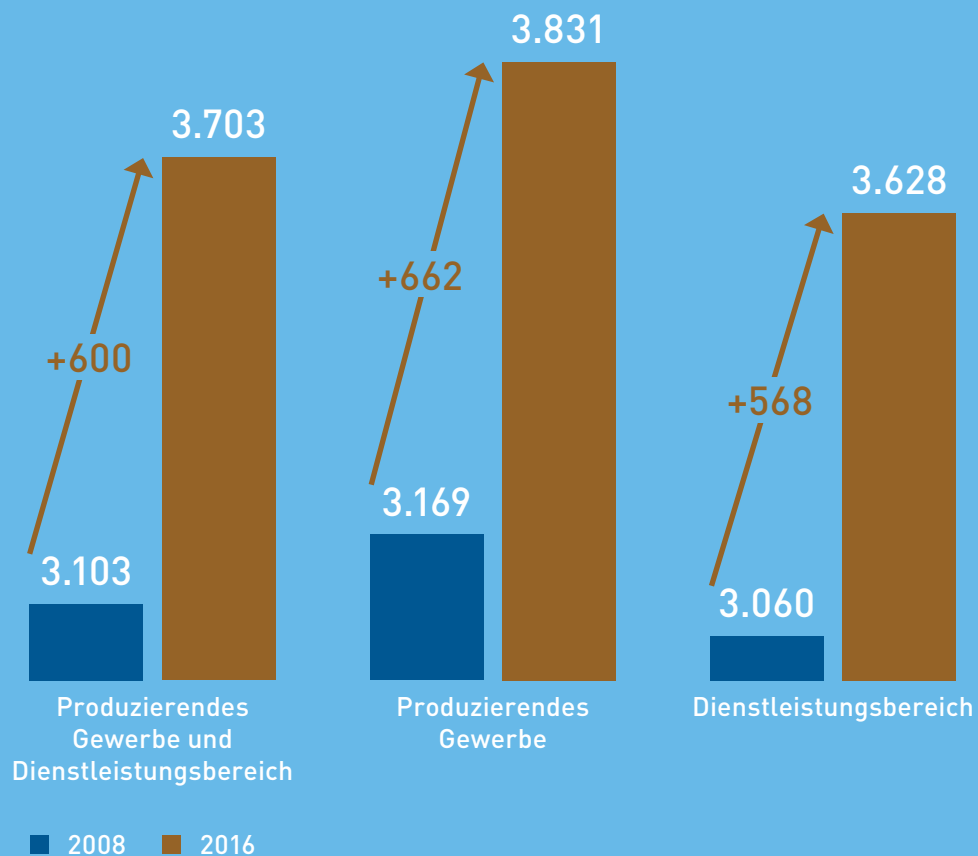
Die tariflichen Monatsverdienste stiegen von 2010 bis 2016 um ca. 15 %, die Bruttomonatsverdienste um 16 %.

Portemonnaie: Zuletzt stiegen die Reallöhne im Jahr 2016 um 1,8 % gegenüber dem Vorjahr, im Jahr 2015 waren es 2,4 % (Statistisches Bundesamt, 2017d). Diese Entwicklung macht deutlich, dass die Beschäftigten in Deutschland auch am Erfolg der Unternehmen beteiligt werden. Um dies weiterhin gewährleisten zu können, ist die Fortsetzung einer Tariflohnpolitik mit Augenmaß von größter Bedeutung.



ARBEITNEHMER: DEUTLICH MEHR GELD IN DER TASCHE

Durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst ohne Sonderzahlungen, in €



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2017e

Überstunden: seit Jahren deutlicher Rückgang

„Fast eine Milliarde unbezahlter Überstunden sind ein Skandal, der schnell beendet werden muss.“

Annelie Buntenbach, DGB-Vorstandsmitglied,
Saarbrücker Zeitung, 11. Juli 2016

ZERRBILD

Die wöchentliche Arbeitszeit ist seit Jahrzehnten unverändert und die Überstunden nehmen kontinuierlich ab. Ein Arbeitnehmer leistete im Jahr 2016 durchschnittlich weniger als eine Überstunde pro Woche.

FAKT

Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten liegt laut den Daten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit derzeit – genauso wie schon vor zehn Jahren – bei ca. 38 Stunden. Und auch vor 20 Jahren lag sie bereits auf diesem Niveau. Ein genereller Anstieg der Arbeitszeiten ist nicht zu erkennen. Viele große beschäftigungsstarke Branchen haben zudem tarifvertraglich geregelte Wochenarbeitszeiten, die oftmals noch unter diesem Niveau liegen – dazu gehören z. B. die chemische Industrie mit einer regelmäßigen Wochenarbeitszeit von 37,7 Stunden oder die Metall- und Elektroindustrie mit einer 35-Stunden-Woche. Zahlreiche weitere Industriezweige verfügen über ähnliche tarifvertragliche Bestimmungen. Dadurch liegt die tarifliche Wochenarbeitszeit

in Deutschland auch heute noch unter dem EU-Durchschnitt (Eurofound, 2015).

Die Zahl der Überstunden auf gesamtwirtschaftlicher Ebene ist seit Jahren rückläufig – sowohl insgesamt als auch je Arbeitnehmer. Das zeigen die Statistiken des IAB deutlich. Die Arbeitsmarktprognosen des IAB gehen sogar von einem weiteren Rückgang in den nächsten Jahren aus. Insgesamt wurden im Jahr 2016 über 1,7 Mrd. Überstunden geleistet. Heruntergerechnet machte damit

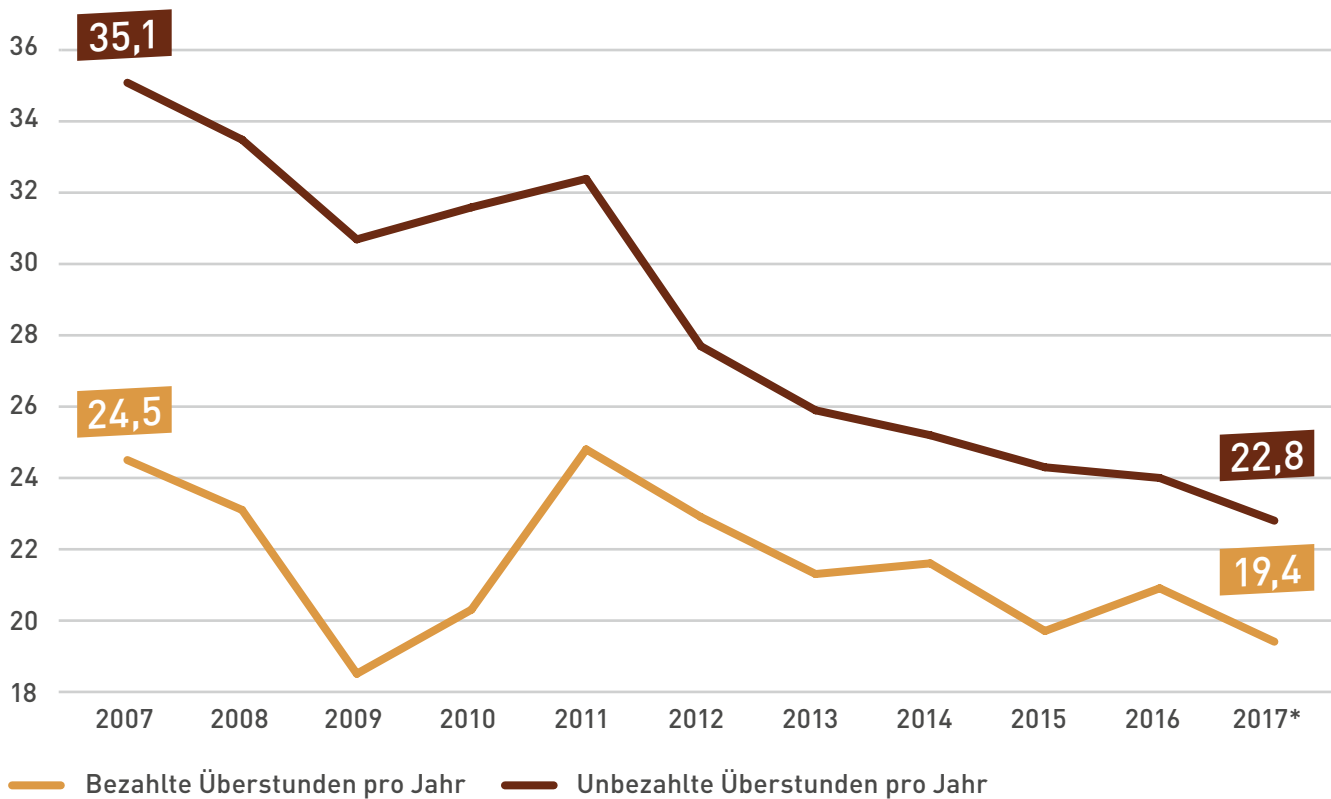
ein Arbeitnehmer rd. 45 Überstunden in einem Jahr. Hiervon waren 24 Stunden nach Angaben der Beschäftigten unbezahlt. Damit hat ein Arbeitnehmer im Schnitt pro Woche eine halbe Stunde – also knapp sieben Minuten pro Tag – unbezahlte Mehrarbeit geleistet (IAB, 2017). Fakt ist zudem, dass Angestellte mit Führungsaufgaben die meisten unbezahlten Überstunden angeben, während unbezahlte Überstunden bei Angestellten mit einfachen oder qualifizierten Tätigkeiten von geringer Bedeutung sind (IAB, 2014).

Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten liegt laut den Daten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit derzeit – genauso wie schon vor zehn Jahren – bei ca. 38 Stunden.



ZAHL DER ÜBERSTUNDEN SINKT SEIT JAHREN

in Stunden pro Arbeitnehmer pro Jahr



*Prognose

Quelle: IAB, 2017a

Einkommensunterschiede: keine Bremsspur beim Wachstum

„In einer Volkswirtschaft mit starker Ungleichheit ist das Wachstum schwächer und nicht so stabil. Die wirtschaftliche Dynamik leidet.“

Dr. Gustav Horn, Direktor Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung, Zeit Online, 8. September 2016

ZERRBILD

Die Einkommensverteilung hat sich in Deutschland seit 2005 kaum verändert – sie bremst das Wachstum in Deutschland nicht aus, zumal Deutschland seit Jahren eine der stärksten Wachstumslokomotiven in Europa ist.

FAKT

Seit Mitte des letzten Jahrzehnts ist die Konzentration verfügbarer Einkommen in Deutschland, gemessen mit Hilfe des Gini-Koeffizienten, nahezu konstant. Der Gini-Koeffizient kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen. Je niedriger der Wert, desto geringer ist die Ungleichheit. Mit einem Wert von 0,29 ist die Einkommensverteilung in Deutschland gleichmäßiger als im OECD-Durchschnitt von 0,32 (Felbermayr et al., 2016a). Zudem zählt Deutschland international zu den Ländern mit sehr hoher Umverteilung.

In Deutschland wird darüber debattiert, ob Einkommensungleichheit Wachstum bremst oder fördert. Studien, die explizit den Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Wirtschaftswachstum untersuchen, legen nahe, dass der Zusammenhang

nicht eindeutig ist. Vielmehr hängt er vom Entwicklungsstand eines Landes ab sowie vom Ungleichheitsniveau selbst. Länder mit einem geringeren Entwicklungsstand haben in der Regel einen erschwerten Zugang zum Gesundheits- und Bildungssystem für Geringverdiener. In diesen Ländern dürfte die steigende Ungleichheit daher das Wirtschaftswachstum bremsen. Da es sich bei Deutschland um ein entwickeltes Land mit einer unterdurchschnittlichen Einkommensungleichheit handelt, dürfte auch eine steigende Ungleichheit das Wirtschaftswachstum nicht bremsen (IW Köln, 2016b).

Dies zeigt auch eine Gegenüberstellung des IW Köln (IW Köln, 2016a): In Deutschland fand ein Anstieg der Ungleichheit vor allem im Zeitraum 2000 bis 2005 statt. Hierfür war im Wesentlichen die negative Arbeitsmarktentwicklung

verantwortlich, die in einem Höchststand der Arbeitslosigkeit im Jahr 2005 mündete. Im Zeitraum 2000 bis 2005 gab es mit durchschnittlich rd. 3% zwar auch das geringste Wirtschaftswachstum von allen Fünfjahreszeiträumen seit 1985. Da beide Phänomene aber gleichzeitig auftraten, kann der Anstieg der Ungleichheit nicht die Ursache für das niedrige Wirtschaftswachstum gewesen sein (IW Köln, 2016c). Wenn überhaupt, dann lassen die Zahlen in der Tendenz vielmehr den gegenteiligen Schluss zu – dass in Deutschland eine steigende Ungleichheit mit mehr Wachstum einhergeht. Auf die Fünfjahresperiode 2000 bis 2005, die durch den größten Anstieg der Ungleichheit gekennzeichnet war, folgte in den fünf Jahren danach ein Anstieg der Wachstumsraten um 4,5 Prozentpunkte.



UNGLEICHHEIT FÜHRT NICHT ZU GERINGEREM WIRTSCHAFTSWACHSTUM

Ungleichheitsperiode	Veränderung des Gini-Koeffizienten in Prozentpunkten		Veränderung der Wachstumsraten vom laufenden Fünfjahreszeitraum zum folgenden Fünfjahreszeitraum in Prozentpunkten
1985-1990	0,5	→	-6,4
1990-1995	1,0	→	1,7
1995-2000	-0,2	→	-6,3
2000-2005	3,3	→	4,5
2005-2010	-1,1	→	-1,5

Quelle: IW Köln, 2016d

Einkommensverteilung: gute Lage unterschätzt

„Es ist doch so, dass viele Menschen in Deutschland in den letzten Jahren Wohlstand verloren haben, dass sie in schlechte Jobs abgedrängt wurden oder ihre Renten gesunken sind.“

Sahra Wagenknecht, Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Bundestag, Die Welt, 22. März 2016

ZERRBILD

Es gibt keinen Grund, Abstiegsängste zu schüren. Die meisten Menschen in Deutschland leben in der Einkommensmittelschicht.

FAKT

Befragt man die deutsche Bevölkerung, zeigen sich stark verzerrte Verteilungsvorstellungen. Darauf weist u. a. der fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (Bundesregierung, 2017) hin: In der Wahrnehmung der Bevölkerung

Menschen in Deutschland. Dabei gehen Wahrnehmung und messbare Realität laut Armuts- und Reichtumsbericht auseinander: Weder statistische Messungen zur Armutsrisikoquote, zur materiellen Deprivation oder zum Einkommensreichtum belegen diesen Befund.

denen die Armutsrisikoquote für Senioren mit 14,6 % unter dem Durchschnitt der gesamten Bevölkerung von 15,7 % liegt.

Auch Engelhardt und Wagener (2016) haben in einer Untersuchung Wahrnehmung und Wirklichkeit der Ungleichheit in einer Gesellschaft gegenübergestellt. Demnach ist die Mehrheit der Deutschen der Meinung, dass der Großteil der Bevölkerung in den unteren Einkommensschichten verortet ist. Ein Vergleich mit der tatsächlichen Einkommensverteilung zeigt aber, dass die meisten Menschen in der (Einkommens-) Mittelschicht leben.

44 % der Befragten sind der Meinung, der Anteil armer Menschen sei in den letzten fünf Jahren stark gestiegen.

hat sich die Schere zwischen armen und reichen Menschen in Deutschland in den vergangenen fünf Jahren deutlich gespreizt: 44 % der Befragten sind der Meinung, der Anteil armer Menschen sei in den letzten fünf Jahren stark gestiegen. 31 % sagen dies auch für den Anteil reicher

Die Befragten irren sich auch, wenn es um die Einschätzung des Armutsrisikos geht. In den Augen der Bevölkerung ist Altersarmut besonders bedeutend. Mit der Ruhestandsphase steigt das Armutsrisiko aus Sicht der Befragten deutlich: Insgesamt zwei von drei Befragten sehen in der Ruhestandsphase ein hohes oder sehr hohes Risiko, von Armut betroffen zu sein. Laut Armuts- und Reichtumsbericht steht diese Wahrnehmung im Widerspruch zu empirischen Befunden, nach



DEUTLICHE ÜBERSCHÄTZUNG DER UNGLEICHHEIT

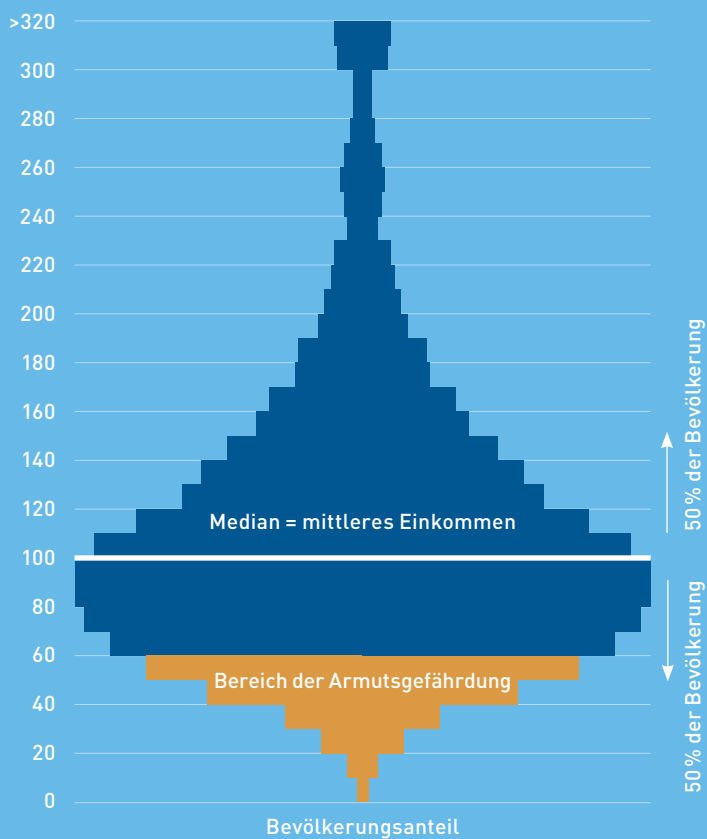
Wie die Deutschen die Gesellschaft sehen ...

... tatsächliche Einkommensschichtung in Deutschland

Zustimmung im Jahr 2015, in %

Typ A		
	Eine kleine Elite oben, nur sehr wenige Menschen in der Mitte und die große Masse der Bevölkerung unten	21,6
Typ B		
	Eine Gesellschaft, die einer Pyramide gleicht, mit einer kleinen Elite oben, mehr Menschen in der Mitte und den meisten Menschen unten	34,9
Typ C		
	Eine Gesellschaft, die einer Pyramide gleicht, aber mit nur wenigen Menschen ganz unten	28,5
Typ D		
	Eine Gesellschaft, in der sich die meisten Menschen in der Mitte befinden	10,7
Typ E		
	Viele Menschen im oberen Bereich und nur wenige Menschen im unteren Bereich	4,2

Bevölkerungsanteile im Jahr 2014, in %



Linke Achse: relative Einkommensposition des mittleren Einkommens, in %

Quelle: Engelhardt und Wagener, 2016

Quelle: SOEP v32; Berechnungen von Niehues, 2017

Mittelschicht stabil: Steuer- und Abgabenlast senken

„Seit Jahrzehnten werden immer größere Teile der Mittelschicht abgehängt und müssen von der Hand in den Mund leben, während die Reichen immer reicher werden. Deutschland fällt auseinander.“

Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer
des Paritätischen Wohlfahrtsverbands,
12. Februar 2017

ZERRBILD

Seit der Wiedervereinigung hat sich die gesellschaftliche Schichtung nicht wesentlich verändert – die Mittelschicht ist stabil geblieben.

FAKT

Die Mittelschicht ist das stabile Rückgrat des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland. Behauptungen über eine vermeintliche Erosion der Mittelschicht entsprechen nicht der Wirklichkeit. Aktuelle Zahlen zeigen, dass fast die Hälfte der Bevölkerung zur Mitte im engeren Sinn gehört, d. h. ein Haushaltsnettoeinkommen (nach Steuer und Sozialbeiträgen zuzüglich staatlicher Transferleistungen wie z. B. Renten) von 80 bis 150% des Medians besitzt.

Zur Mitte im weiteren Sinn, d. h. mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 60 bis 250% des Medians, gehören sogar 80% der Bevölkerung. Der Median ist der Wert, der genau in der Mitte liegt. Er teilt

So lebt mehr als die Hälfte der Mittelschicht im weiteren Sinn in den „eigenen vier Wänden“ – mit steigender Tendenz (Arndt, 2015).

die Bevölkerung in zwei gleich große Hälften: Die eine Hälfte hat ein höheres Einkommen, die andere ein geringeres. Anders als der Durchschnittswert wird der Median nicht durch besonders große oder kleine Werte verzerrt (Niehues, 2017).

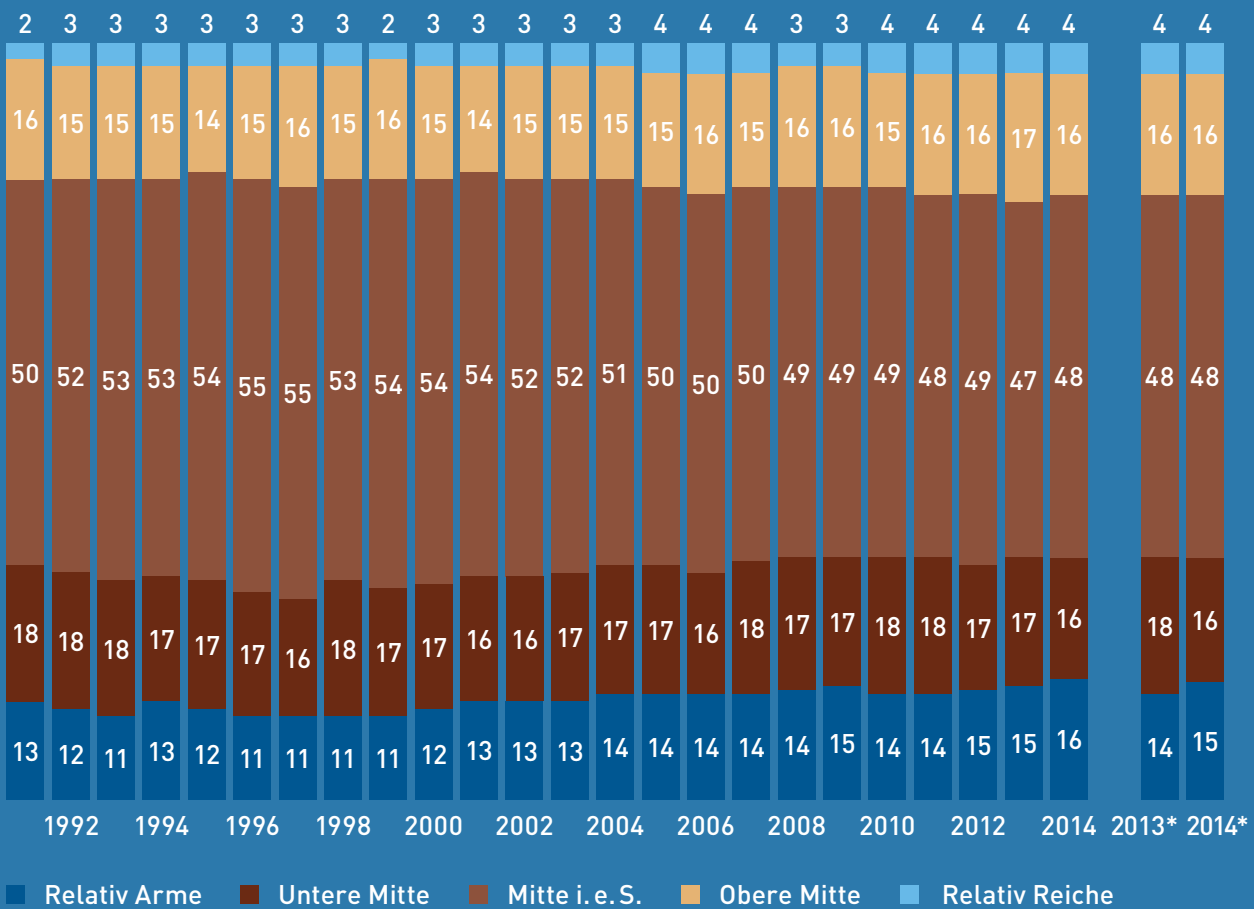
Seit der Wiedervereinigung hat sich die gesellschaftliche Schichtung nicht wesentlich verändert. Die Mittelschicht verschwindet nicht. Schwankungen in den 1990er Jahren sind vor allem auf den ostdeutschen Aufholprozess

zurückzuführen (Niehues, 2017). Zudem gelingt der Mittelschicht auch weiterhin der Aufbau von Vermögen und generationenübergreifenden Werten. So lebt mehr als die Hälfte der Mittelschicht im weiteren Sinn in den „eigenen vier Wänden“ – mit steigender Tendenz (Arndt, 2015). Zugleich sorgt sich die Mittelschicht aber zu Recht vor einer Überbelastung mit Steuern und Abgaben. Denn schon heute gehört die Steuer- und Abgabenlast eines deutschen Durchschnittsverdieners zu den höchsten der Welt.



DIE MITTE BLEIBT STABIL

Anteile der jeweiligen Einkommensgruppe an der Gesamtbevölkerung, in %



* Schätzung ohne die SOEP-Migrationsstichprobe des Jahres 2013
(anschließende Anpassung der bisherigen Stichprobe an die Bevölkerungsstruktur laut Mikrozensus)

Quelle: SOEP v32; Niehues, 2017

Bildung: der wichtigste Schutz vor Arbeitslosigkeit

„Das alte Versprechen, wenn ich mich anstrengte, dann kann ich teilhaben an diesem Wohlstand – das gilt nicht mehr!“

Oliver Nachtwey, Soziologe,
hr-fernsehen, 8. Dezember 2016

ZERRBILD

Mehr denn je schützt gute (Aus-)Bildung vor Arbeitslosigkeit. Das deutsche Bildungssystem ist zugleich durchlässiger geworden.

FAKT

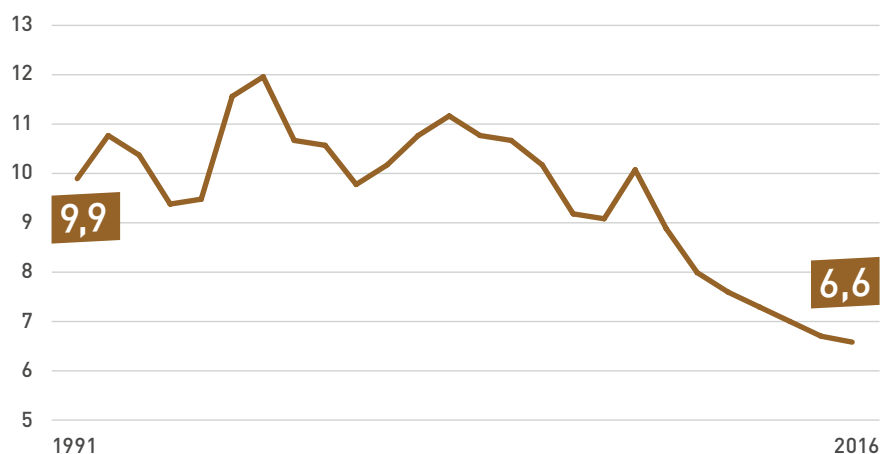
Die tatsächliche Arbeitsplatzsicherheit war noch nie so hoch wie jetzt. Das jährliche Risiko, entlassen zu werden, hat mit rd. 6,5% den niedrigsten Wert seit der Wiedervereinigung (Fuchs et al., 2017). In den vergangenen Jahren hat auch die Stabilität der Beschäftigungsverhältnisse weiter zugenommen. So ist die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in einem Betrieb zwischen 2000 und 2015 von zehn auf elf Jahre gestiegen (OECD, 2016). Die Arbeitsmarktperspektiven von qualifizierten Fachkräften sind besser denn je. Die Arbeitslosenquote von Menschen mit beruflicher Ausbildung hat mit 4,6% ebenfalls den niedrigsten Wert seit der Wiedervereinigung. Bei Menschen mit Hochschulabschluss liegt die Arbeitslosenquote sogar nur bei 2,4% (IAB, 2016b). Die monatliche Wahrscheinlichkeit für einen Arbeitslosen mit Berufsabschluss,

in Beschäftigung zu kommen, liegt mit 9,1% nur knapp unter dem Wert von Akademikern mit 10,5%. Besondere Unterstützung brauchen vielmehr Geringqualifizierte,

die nur auf einen Wert von 4,3% kommen (BA, 2017b). Absteigst-ängste bei qualifizierten Fachkräften entbehren daher jeglicher Grundlage.

RISIKO, ARBEITSPLATZ ZU VERLIEREN, AUF NIEDRIGSTEM STAND SEIT DER WIEDERVEREINIGUNG

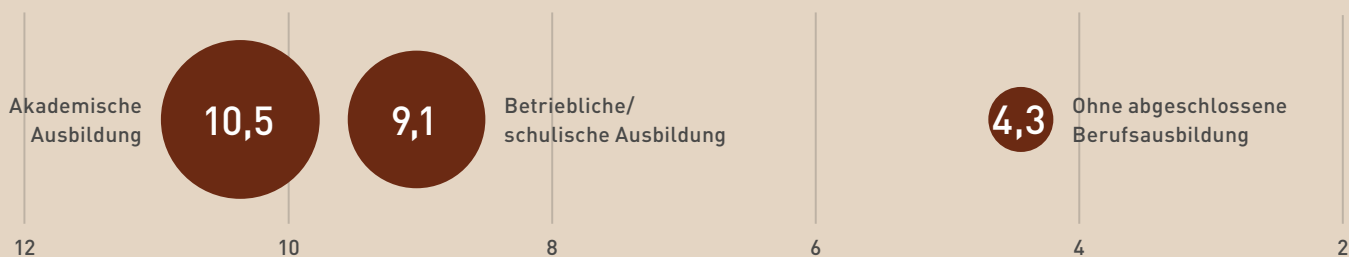
Entlassungsrisiko, in %



Quelle: IAB, 2017b

GUTE EINSTIEGSCHANCEN FÜR FACHKRÄFTE MIT BERUFSABSCHLUSS

Monatliche Wahrscheinlichkeit, aus Arbeitslosigkeit in Beschäftigung zu kommen, in %, März 2017



Quelle: BA, 2017b

Dem deutschen Bildungssystem wird vorgeworfen, weit davon entfernt zu sein, gleiche Bildungschancen für alle Menschen zu bieten. Fakt ist allerdings, dass es heutzutage mehr Bildungsaufsteiger als Bildungsabsteiger gibt: 54 % der 30- bis 65-Jährigen sind Bildungsaufsteiger und 14 % Bildungsabsteiger (Anger und Orth, 2016), wobei die Bildungsabschlüsse auf den durchschnittlichen Bildungsstand der Eltern bezogen werden. Bei den 30- bis 40-Jährigen ist der Anteil der Bildungsaufsteiger jedoch mit 41 % deutlich niedriger und der Anteil der Bildungsabsteiger mit 18 % etwas höher. Dies liegt darin begründet, dass der Bildungsstand in den letzten Jahren insgesamt gestiegen ist. Je höher das Bildungsniveau der Eltern ist, desto schwieriger ist ein Bildungsaufstieg für die Kinder.

Zudem ist das Bildungssystem insgesamt auch durchlässiger geworden. So nimmt beispiels-

Unser Bildungssystem muss Chancen schaffen: Fakt ist, dass es heutzutage mehr Bildungsaufsteiger als Bildungsabsteiger gibt. 54 % der 30- bis 65-Jährigen sind Bildungsaufsteiger und 14 % Bildungsabsteiger (Anger und Orth, 2016).

weise die Kopplung zwischen dem sozialen Status der Eltern und dem Bildungsniveau weiter ab und auch die Zahl und der Anteil der 20- bis 29-Jährigen, die keinen Berufsabschluss haben und sich nicht in Ausbildung befinden, sind zwischen 2005 und 2014 von 1,57 auf 1,2 Mio. bzw. von 16,5 auf 12,7 % gesunken. Gleichwohl besteht hier noch weiterer Handlungsbedarf. Denn eins lässt sich nicht leugnen: Je besser das erreichte Bildungsniveau ist, umso geringer ist das Risiko der Arbeitslosigkeit. Im Vergleich zu 2005 hat sich die Arbeitslosenquote bei Menschen mit abgeschlossener Ausbildung wie auch bei Menschen mit Hochschulabschluss halbiert. Dies zeigt: Gute

Bildung zahlt sich aus – sie bietet Teilhabe am Arbeitsmarkt und damit Planungssicherheit.

Gerade die duale Berufsausbildung sichert gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt und damit eine breite Beteiligung der Menschen am Wohlstand. So verdienen Akademikerinnen grundsätzlich nicht mehr als Absolventinnen einer Berufsausbildung. Entscheidend ist jedoch die gewählte Fachrichtung. Fakt ist, dass 28 % der Meister und Techniker einen höheren Stundenlohn erhalten als ein Durchschnittsakademiker. Rund ein Viertel der Akademiker verdienen weniger als der Durchschnitt der Fortbildungsabsolventen („Fortbildung zahlt sich aus!“).

Armut:

Arbeit schaffen – Aufstieg ermöglichen

„Millionen verharren in Armut, während an der Spitze wenige immer reicher werden. Viele können von ihrer Arbeit nicht leben.“

Oskar Lafontaine, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Saarland, Focus, 26. März 2017

ZERRBILD

Die Deutschen sind in Europa unterdurchschnittlich von Armut betroffen.

FAKT

Die Armutsentwicklung wird in Deutschland meistens anhand der sog. Armutsrisikoquote gemessen. Sie stellt ein relatives Maß dar, das den Anteil an Personen abbildet, die weniger als 60% des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung erhalten. Für eine alleinstehende Person waren dies im Jahr 2015 1.033 € im Monat, für einen Vierpersonenhaushalt mit zwei Kindern 2.170 € (Eurostat, 2017). Viele Personen, deren Einkommen diese Grenze unterschreitet, würden sich selbst nicht als arm bezeichnen.

Würden sich die Einkommen aller Personen in Deutschland verdoppeln, würde sich die Armutsrisikoquote nicht verändern – obwohl doch allen mehr Geld zur Verfügung steht. Somit entspricht die Armutsrisikoquote nicht dem üblichen Sprachgebrauch von Armut, bei dem zumeist auf absolute

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT SCHAFFT WOHLSTAND FÜR ALLE

Erforderlicher Arbeitseinsatz in Stunden für den Produktkauf

	1960	1991	2016
Fernseher	346 h 45 min	78 h 32 min	24 h 11 min
Waschmaschine	221 h 23 min	53 h 5 min	22 h 46 min
Kühlschrank	154 h 20 min	30 h 15 min	17 h 58 min
Kleiderschrank	69 h 50 min	36 h 51 min	31 h 50 min
Herrenanzug	67 h 3 min	21 h 3 min	13 h 43 min
Damen-Pumps	14 h 17 min	7 h 0 min	4 h 44 min
Herrenschuhe besohlen	4 h 3 min	1 h 24 min	1 h 32 min
Haare waschen und föhnen	1 h 27 min	0 h 59 min	1 h 9 min
Bohnenkaffee	3 h 30 min	0 h 23 min	0 h 19 min
Brathähnchen	2 h 11 min	0 h 15 min	0 h 13 min
Speisekartoffeln	0 h 17 min	0 h 10 min	0 h 12 min

Hinweis: Berechnungsbasis ist die Nettolohn- und -gehaltssumme je geleistete Arbeitsstunde; 1960 = 1,29 €, 1991 = 10,23 € und 2016 = 17,33 €.

Quelle: IW Köln, 2017b

Armut abgezielt wird, sondern ist letztlich ein Verteilungsmaß, das auch von der Haushaltszusammensetzung abhängt: Der Trend zum Alleinleben steigert das Armutsrisiko, selbst wenn das Einkommen konstant bleibt: Aus einem Mittelschichtspaar können nach Trennung zwei alleinlebende Arme werden, denn künftig müssen beide Miete zahlen und jeweils Waschmaschine und Kühlschrank besitzen.

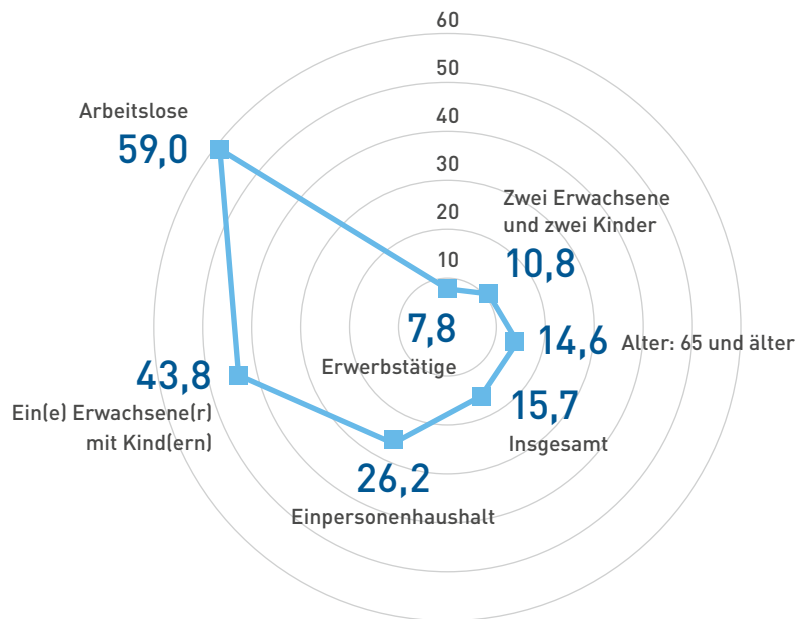
Besonders oft sind Erwerbslose und Alleinerziehende statistisch armutsgefährdet – 59 % bzw. 44 % leben unter der Armutsrisikoschwelle (Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2016). Daher sind die besten Mittel gegen das Armutsrisiko eine prosperierende Wirtschaft mit einer geringen Arbeitslosigkeit sowie eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Staatliche Transferzahlungen sorgen zudem dafür, dass das Armutsrisiko nicht größer ist: Durch Sozialtransfers wird das Armutsrisiko in der Bevölkerung um rd. 33,5 % gesenkt (Jahr, 2015; Eurostat, 2017).

Zu den statistisch Armen, deren Einkommen unter der Armutsrisikoschwelle liegt, gehören z. B. auch viele Studenten. Viele von ihnen würden ihr Leben sicherlich als privilegiert bezeichnen. Sie wissen, dass sie nach dem Studium wahrscheinlich gut verdienen werden. Somit sagt die Armutsrisikoquote nichts darüber aus, wie Menschen mit relativ niedrigem Einkommen selbst ihre Situation wahrnehmen und in welchen Bereichen sie materielle Entbehrung empfinden.

Seit 2005 werden Kennzahlen zur materiellen Entbehrung EU-weit mit einem einheitlichen Verfahren

VOR ALLEM ARBEITSLOSE SIND VON ARMUT BEDROHT

Anteil an relativer Einkommensarmut 2015, in %



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2016

erhoben. Dabei geben die Befragten ihre Einschätzung ab, ob sie eines oder mehrere von neun Kriterien materieller Entbehrung für sich als erfüllt ansehen. Dabei werden sie z. B. gefragt, ob es ihnen aus finanziellen Gründen nicht möglich ist, jährlich eine einwöchige Urlaubsreise zu unternehmen, ein Auto zu besitzen oder die Wohnung angemessen zu heizen. Antworten die Befragten bei drei der neun Kriterien mit Ja, so leben sie entsprechend der von der EU festgesetzten Konvention in materieller Entbehrung, bei vier und mehr Ja-Antworten in erheblicher materieller Entbehrung (Cremer, 2016).

In Deutschland leiden 10,7% unter materieller Entbehrung, das ist deutlich weniger als im EU-Durchschnitt von 17% und liegt deutlich unter dem Anteil der

Bevölkerung (15,7%), der ein Einkommen unterhalb der Armutsrisikoschwelle hat (Jahr, 2015; Eurostat, 2017, bzw. Statistisches Bundesamt, 2016). Noch niedriger ist mit 4,4% der Anteil der Bevölkerung in Deutschland, der unter erheblicher materieller Entbehrung leidet. In der EU-28 weisen nur acht Länder eine niedrigere Quote auf – der Durchschnitt liegt in der EU-28 bei 8,1% (Jahr, 2015; Eurostat, 2017).

Cremer (2016) weist darauf hin, dass gleichwohl in Deutschland für alle Personen der Gesellschaft der Wohlstand im Laufe der Zeit zugenommen hat. Denn die sog. Kaufkraft der Lohnminute ist deutlich gewachsen, so dass auch Menschen an der Armutsrisikoschwelle von der allgemeinen Wohlstandsentwicklung profitieren.

Vermögensaufbau: stark durch Altersstruktur einer Gesellschaft geprägt

„Auch in Deutschland wächst die soziale Ungleichheit und schwindet das Vertrauen in eine solidarische Gemeinschaft.“

Simone Peters, Bundesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen, Frankfurter Rundschau, 4. August 2016

ZERRBILD

Die Vermögen der oberen 20% sind gesunken, während alle anderen Bevölkerungsgruppen ihre Vermögensposition zwischen 2002 und 2012 verbessern konnten.

FAKT

Entgegen der landläufigen Meinung sind die Reichen in den vergangenen zehn Jahren nicht reicher geworden und die Armen nicht ärmer, im Gegenteil: Die Vermögen der oberen 20% – also des 9. und 10. Vermögensdezils – sind gesunken, während alle anderen Vermögensgruppen Vermögen aufbauen konnten. Im reichsten, 10. Vermögensdezil sank das Vermögen zwischen 2002 und 2012 durchschnittlich um mehr als ein Fünftel oder um rd. 122.000 €, beim 9. Vermögensdezil waren es durchschnittlich 7% und damit rd. 14.000 €. Dagegen konnten alle anderen Vermögensgruppen ihre Vermögensposition

verbessern – auch die unteren 20%, die im Jahr 2002 noch verschuldet waren oder kein Vermögen besaßen (IW Köln, 2016b).

Vermögensaufbau erfordert typischerweise eine gewisse Ansparzeit und hängt vom jeweiligen Lebenszyklus ab: Die Vermögenshöhe steigt zunächst in der Erwerbsphase an und wird im Ruhestand nach und nach abgeschmolzen. Daher ist es nicht erstaunlich, dass das Vermögen kurz vor der Rente am höchsten ist (IW Köln, 2016b). In Gerechtigkeitsdebatten wird diese Ungleichheitsursache aber oft übersehen. Dabei zeigt eine Studie des IW Köln (2015), dass Alterseffekte

rd. 38% der Vermögensungleichheit erklären.

Die meisten Vermögensanalysen, welche Deutschland eine hohe Vermögensungleichheit attestieren, vernachlässigen darüber hinaus einen wichtigen Vermögensbestandteil: die Rentenanwartschaften. Berücksichtigt man diese, so ist die Vermögensungleichheit in Deutschland um rd. 25% niedriger, so dass der Gini-Koeffizient der Vermögensverteilung sich für das Jahr 2012 auf 0,594 anstatt auf die häufig zitierten 0,78 beläuft (Bönke et al., 2016). Neben Deutschland weisen auch Österreich und die Schweiz sowie Schweden und Dänemark eine ähnlich starke Vermögenskonzentration auf. Auch hier ist die staatliche Absicherung im Alter besonders ausgeprägt, so dass die private Vorsorge und die Vermögensbildung geringer ausfallen.

Im reichsten, 10. Vermögensdezil sank das Vermögen zwischen 2002 und 2012 durchschnittlich um mehr als ein Fünftel oder um rd. 122.000 €.



VERMÖGEN DER REICHSTEN BEVÖLKERUNGSGRUPPEN IST GESUNKEN, WÄHREND DAS DERER MIT WENIG VERMÖGEN GESTIEGEN IST

Mittelwerte, in €

Vermögensdezile	2002	2012	Differenz in €	Veränderung in %
1. verschuldet	-14.412	14.652	29.064	
2. ohne Vermögen	0	13.607	13.607	
3. mit wenig Vermögen	3.892	29.066	25.174	647
4.	11.579	28.021	16.442	142
5.	19.841	45.349	25.508	129
6.	45.685	66.027	20.342	45
7.	75.092	79.667	4.575	6
8.	124.361	128.783	4.422	4
9.	192.888	179.054	-13.834	-7
10. mit viel Vermögen	542.120	420.565	-122.555	-22

Lesebeispiel: Im obersten Vermögensdezil, also bei jenen 10% der Bundesbürger mit den höchsten Vermögen, hat sich das Vermögen von 2002 bis 2012 im Durchschnitt um mehr als ein Fünftel oder 122.000 € reduziert.

Hinweise: in Preisen des Jahres 2010; Vermögensdezile: Personen ab 17 Jahren werden gemäß ihrem individuellen Nettovermögen im Jahr 2002 sortiert und in zehn gleich große Gruppen aufgeteilt.

Quelle: IW Köln, 2016b

Umverteilung: Starke Schultern tragen Hauptlast der Einkommensteuer

„Wenn wir so weitermachen, zerlegt sich dieses Land. Ohne Umverteilung fahren wir Deutschland an die Wand.“

Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer
des Paritätischen Wohlfahrtsverbands,
3. Februar 2017

ZERRBILD

In der öffentlichen Debatte entsteht nicht selten der Eindruck, „die Reichen“ würden nicht angemessen zur Finanzierung unseres Gemeinwesens beitragen. Das Gegenteil ist richtig: Allein die oberen 5 % der Steuerpflichtigen tragen 42 % des Einkommensteueraufkommens in Deutschland. Die oberen 25 % der Steuerpflichtigen – mit Einkünften ab rd. 50.000 € – tragen 77 % des Einkommensteueraufkommens. Auf die untere Hälfte der Steuerpflichtigen entfallen dagegen weniger als 6 % des Einkommensteueraufkommens (BMF, 2017).

Den Beziehern mittlerer und höherer Einkommen nimmt der deutsche Staat über Steuern und Abgaben mehr Geld ab, als er ihnen über Transfers (wie z. B. Renten, Kindergeld, Arbeitslosengeld II) zurückgibt. Bei den ärmeren Haushalten ist es genau umgekehrt: Bei einem Haushalt mit

einem Nettoeinkommen von 1.000 bis 1.500 € beträgt der Umverteilungssaldo +625 €, Haushalte mit einem Nettoeinkommen von 3.500 bis 4.000 € geben dagegen unterm Strich 321 € mehr an den Staat ab, als sie an staatlichen Leistungen zurückerhalten. Reichere Haushalte tragen noch deutlich mehr zur Umverteilung bei (IW Köln, 2017a).

Die Wirkung staatlicher Umverteilung zeigt sich zudem am Gini-Koeffizienten. Dieser misst die Ungleichheit der Einkommen in einer Gesellschaft und kann Werte zwischen 0 (d. h. absoluter Gleichheit) und 1 (d. h. absoluter Ungleichheit) annehmen. Auf Ebene der Markteinkommen liegt der Wert für Deutschland bei rd. 0,49. Nach Umverteilung liegt der Wert auf Ebene der verfügbaren Haushaltseinkommen nur noch bei rd. 0,29. Damit gehört Deutschland zu den umverteilungsstärksten Ländern der OECD.

Deutschland gehört zu den umverteilungsstärksten Ländern der OECD. Allein die oberen 5 % der Steuerpflichtigen tragen 42 % des Einkommensteueraufkommens in Deutschland.

FAKT

Deutschland weist damit nach staatlicher Umverteilung ähnlich niedrige Ungleichheitsniveaus wie die nordeuropäischen Staaten (Dänemark, Schweden, Finnland) auf. Insbesondere ist die Ungleichheit in Deutschland geringer als in vielen anderen großen OECD-Staaten wie z. B. Frankreich, Italien, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten (Felbermayr et al., 2016b).

Zudem hat die Bereitstellung öffentlicher Güter eine erhebliche verteilungspolitische Wirkung. Ein Beispiel ist die gesetzliche Krankenversicherung: In Deutschland werden prozentuale Versicherungsbeiträge auf das Einkommen bis zur Beitragsbemessungsgrenze von 52.200 € erhoben. Das bedeutet, dass Menschen mit höheren Einkommen auch deutlich stärker zur Finanzierung des Gesundheitssystems herangezogen werden. Sie empfangen aber keine besseren Gesundheitsleistungen. Somit

wirkt auch das deutsche Krankenversicherungssystem progressiv und umverteilend.

Im Übrigen darf die vergleichsweise hohe Ungleichheit der Markteinkommen in Deutschland nicht mit Lohnungleichheit verwechselt werden. Bei der Lohnungleichheit wird nur die erwerbsfähige Bevölkerung berücksichtigt, bei den Markteinkommen dagegen die gesamte Bevölkerung. Die Markteinkommen bilden daher – anders als der Name vermuten lässt – nicht nur die Ergebnisse von Marktprozessen ab. So verfügen Rentner in Deutschland meist nur über geringe Markteinkommen, da sie ihren Lebensunterhalt durch Rentenzahlungen der gesetzlichen Rentenversicherung bestreiten. Im Ergebnis weisen Länder mit ausgeprägter sozialer Sicherung über ein gesetzliches Rentenversicherungssystem – neben Deutschland z. B. auch Schweden – bei der Betrachtung der Markteinkommen vergleichsweise hohe Ungleichheitsniveaus auf.

STAATLICHE UMVERTEILUNG WIRKT

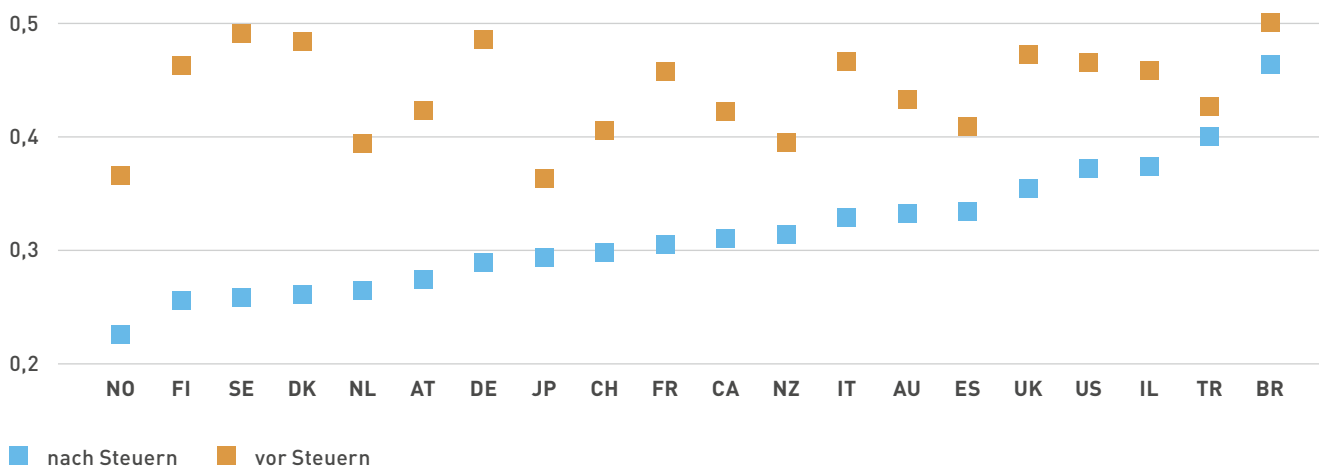
Einordnung nach dem Haushaltsnettoeinkommen, durchschnittliche Eurobeträge je Haushalt und Monat, 2014

Einkommensgruppe	Haushaltsnettoeinkommen	Haushaltsbruttoeinkommen	Saldo
Unter 1.000	722	281	441
1.000–1.500	1.258	633	625
1.500–2.000	1.750	1.131	619
2.000–2.500	2.240	1.763	477
2.500–3.000	2.744	2.540	204
3.000–3.500	3.240	3.345	-104
3.500–4.000	3.734	4.056	-321
4.000–4.500	4.246	4.966	-721
4.500–5.000	4.741	5.930	-1.189
5.000–6.000	5.466	6.969	-1.503
6.000–7.000	6.479	8.604	-2.125
7.000–10.000	8.148	11.135	-2.987
10.000 und mehr	16.411	23.986	-7.575

Quelle: SOEP v32; IW Köln, 2017a

DEUTSCHLAND GEHÖRT ZU DEN UMVERTEILUNGSSTÄRKSTEN LÄNDERN

Gini-Koeffizient



Quelle: Felbermayr et al., 2016b

Steuern: Soziale Gerechtigkeit geht nicht durch noch mehr Umverteilung

„Eine wirksame und verteilungsgerechte Besteuerung der größten Vermögen ist überfällig.“

DGB, Pressemeldung vom 14. Dezember 2016

ZERRBILD

Viel Vermögen steckt in Anlagen, Maschinen, im technischen Wissen und im Know-how der Unternehmen. Wird es besteuert, drohen Standortverlagerungen und Arbeitsplatzverluste.

FAKT

Schon heute gehört die Steuer- und Abgabenlast eines deutschen Durchschnittsverdieners zu den höchsten der Welt. Der Steuer- und Abgabenkeil zwischen Arbeitskosten des Arbeitgebers und Nettolohn eines alleinstehenden Durchschnittsverdieners liegt in Deutschland bei 49,4% und ist damit der zweithöchste der OECD, weit über dem OECD-Durchschnitt von 36% (OECD, 2017).

Zudem sind Durchschnittsverdiener in den vergangenen Jahrzehnten immer weiter an den Spitzensteuersatz „herangewachsen“. 1960 fand der Spitzensteuersatz erst ab dem rd. 18-Fachen des durchschnittlichen Bruttojahresverdiensts Anwendung. 2016 greift der Spitzensteuersatz bereits ab dem 1,2-Fachen des durchschnittlichen Bruttojahresverdiensts.

An der Steuerschraube noch weiter zu drehen, z. B. durch eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes, würde bereits Mittelschichtverdiener und Facharbeiter belasten und so Leistungsbereitschaft bestrafen. Zudem ist die Einkommensteuer auch die Steuer der Personenunternehmen und damit der großen Mehrzahl der Betriebe des deutschen Mittelstands. Steuererhöhungen mindern die Innovationskraft der Unternehmen, da jeder zusätzliche Steuer-Euro für betriebliche Investitionen fehlt. Dies verringert die Zukunftschancen der Betriebe und gefährdet so Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Auch ist es ein Irrtum, dass durch eine Vermögensteuer nur wenige wohlhabende Privatpersonen belastet würden. Tatsächlich wird in Deutschland viel Vermögen produktiv eingesetzt und ist in den Betrieben investiert und gebunden. Das Vermögen steckt

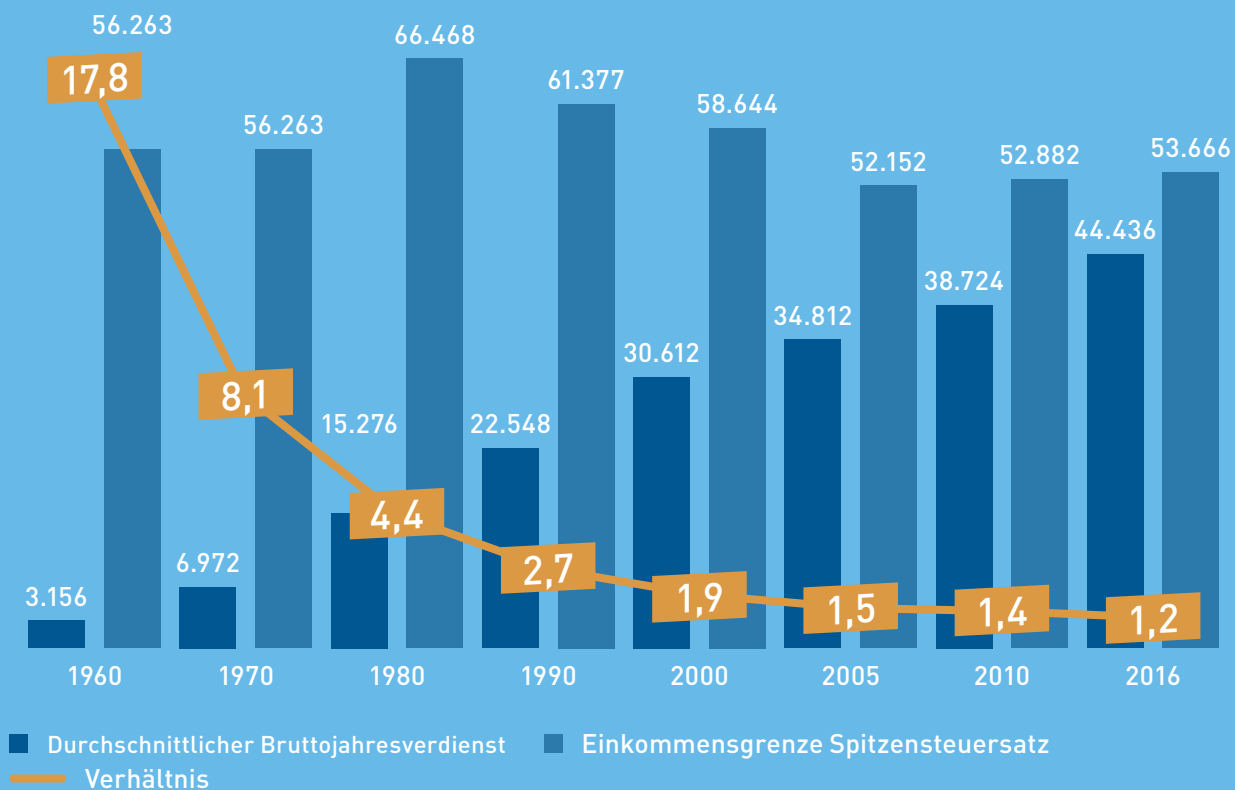
in Anlagen, Maschinen, im technischen Wissen und im Know-how der Unternehmen und sichert so Beschäftigung.

Wird dieses Vermögen besteuert, so erwächst zusammen mit der ohnehin im internationalen Vergleich hohen Ertragsbesteuerung eine massive Steuerlast. In wirtschaftlich schlechten Zeiten greift eine Vermögensteuer zudem unmittelbar die Substanz der Unternehmen an und wirkt krisenverschärfend. Im Ergebnis geht eine Vermögensteuer zulasten von Innovationen und Zukunftsinvestitionen der Betriebe. Sie mindert die Attraktivität des Standorts Deutschland erheblich. Arbeitsplätze und Einkommen der Beschäftigten werden so aufs Spiel gesetzt. Damit bewirkt eine Vermögensteuer das genaue Gegenteil von mehr Gerechtigkeit und Teilhabe.



SPITZENSTEUERSATZ GREIFT IMMER FRÜHER

Durchschnittliche Bruttojahresverdienste im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich ohne Sonderzahlungen bei vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern (bis 1990: früheres Bundesgebiet), Spitzensteuersatz (ohne „Reichensteuer“)



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2016; BMF, 2016

Literaturverzeichnis

Anger, Christina und Orth, Anja Katrin

(2016): Bildungsgerechtigkeit in Deutschland, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Arndt, Christian (2015): Das Vermögen der Mittelschicht in Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Brenke, Karl und Kritikos, Alexander S. (2017): Niedrige Stundenverdienste hinken bei der Lohnentwicklung nicht mehr hinterher. DIW Wochenbericht 21/2017.

Beznoska, Martin et al. (2016): Faktencheck Gerechtigkeit und Verteilung: eine empirische Überprüfung wichtiger Stereotype. IW-Report 29/2016.

Boll, Christina und Leppin, Julian S. (2015): Die geschlechtsspezifische Lohnlücke in Deutschland: Umfang, Ursachen und Interpretation. Wirtschaftsdienst 4/2015.

Bönke, Timm et al. (2016): The joint distribution of net worth and pension wealth in Germany. SOEP papers on Multidisciplinary Panel Data Research.

Bundesagentur für Arbeit (BA, 2017a): Bestand an Arbeitslosen nach ausgewählten Merkmalen.

Bundesagentur für Arbeit (BA, 2017b): Tabellen, Abgangsraten von Arbeitslosen in Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt (einschl. [außer]betrieblicher Ausbildung) nach Berufsausbildung.

Bundesministerium der Finanzen (BMF, 2017): Datensammlung zur Steuerpolitik, Ausgabe Februar 2017.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS, 2016): Sozialbudget 2015.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ, 2015): Fünfter Bericht zur Evaluation des Kinderförderungsgesetzes.

Bundesregierung (2017): Lebenslagen in Deutschland – der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA, 2017): Bildung 2030 im Blick. Die bildungspolitische Position der Arbeitgeber.

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA, 2017): TarifService 2017.

Cremer, Georg (2016): Armut in Deutschland.

Deaton, Angus (2017): Der große Ausbruch. Von Armut und Wohlstand der Nationen.

Engelhardt, Carina und Wagener, Andreas (2016): What do Germans Think and Know about Income Inequality? A Survey Experiment.

Erhard, Ludwig (1957): Wohlstand für alle.

Eurofound (2015): Developments in collectively agreed working time 2014.

Eurostat (2016): Erwerbstätigenquote nach Bildungsstand.

Eurostat (2017): Lohn- und Gehaltsstrukturhebung: Monatsverdienste, <http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/print.do>.

Felbermayr, Gabriel et al. (2016a): Entwicklung der Einkommensungleichheit – Daten, Fakten und Wahrnehmungen, Stiftung Familienunternehmen, ifo Institut, Leibniz Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München.

Felbermayr, Gabriel et al. (2016b): Einkommensungleichheit in Deutschland – Die Rolle der Umverteilung. ifo Schnelldienst 14/2016.

Fratzscher, Marcel (2016): Verteilungskampf. Warum Deutschland immer ungleicher wird.

Fuchs, Johann et al. (2017): IAB-Prognose 2017 – Der Arbeitsmarkt stellt neue Rekorde auf. IAB-Kurzbericht 9/2017.

Grömling, Michael (2017): Entwicklung der makroökonomischen Einkommensverteilung in Deutschland. IW-Trends 2017.

Institut der deutschen Wirtschaft Köln
(IW Köln, 2015): Vermögensverteilung und Altersgruppeneffekte – Eine Dekompositionsanalyse.

Institut der deutschen Wirtschaft Köln
(IW Köln, 2016a): www.arm-und-reich.de, 2016.

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln, 2016b):
Keine eindeutige Wahrheit. IW-Dienst 3/2016.

Institut der deutschen Wirtschaft Köln
(IW Köln, 2016c): Ungleichheit – Keine Gefahr für das Wirtschaftswachstum. IW-Nachricht vom 28. November 2016.

Institut der deutschen Wirtschaft Köln
(IW Köln, 2016d): Auch Sorgen haben Konjunktur. IW-Dienst 12/2016.

Institut der deutschen Wirtschaft Köln
(IW Köln, 2017a): Viel haben, viel zahlen. IW-Dienst 32/2015, Datenaktualisierung 2017.

Institut der deutschen Wirtschaft Köln
(IW Köln, 2017b): Deutschland in Zahlen, Ausgabe 2017.

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB, 2014): Verbreitung von Überstunden in Deutschland. Aktuelle Berichte, September 2014.

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB, 2016a): Führungspositionen in der Privatwirtschaft – Im Osten sind Frauen öfter an der Spitze. IAB-Kurzbericht 2/2016.

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB, 2016b): Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten. Aktuelle Daten und Indikatoren, Oktober 2016.

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB, 2017a): Durchschnittliche Arbeitszeit und ihre Komponenten, <http://www.iab.de/de/daten/arbeitsmarktentwicklung.aspx>.

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB, 2017b): Der Arbeitsmarkt stellt neue Rekorde auf – IAB-Prognose 2017. IAB-Kurzbericht 9/2017.

Kalina, Thorsten und Weinkopf, Claudia (2016): Arbeitsmarktchancen von gering Qualifizierten. IAQ-Report Nr. 3, Institut Arbeit und Qualifikation.

Niehues, Judith (2017): Die Mittelschicht in Deutschland – Vielschichtig und stabil. IW-Trends 2017.

OECD (2016): OECD.Stat. Employment by job tenure intervals.

OECD (2017): Taxing Wages, Ausgabe 2017.

Schank, Thorsten et al. (2008): Geringverdiener: Wem und wie gelingt der Aufstieg? IAB Discussion Paper 14/2008, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

Schäfer, Holger und Schmidt, Jörg (2017): Einmal unten – immer unten? Empirische Befunde zur Lohn- und Einkommensmobilität in Deutschland. IW-Trends 2017.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2016): Amtliche Sozialberichterstattung, Armut und soziale Ausgrenzung, Armutsgefährdungsquote.

Statistisches Bundesamt (2016): Wichtige Zusammenhänge im Überblick.

Statistisches Bundesamt (2017a): Durchschnittliche Arbeitszeiten und Bruttoverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer im 4. Quartal 2016.

Statistisches Bundesamt (2017b): Drei Viertel des Gender Pay Gap lassen sich mit Strukturunterschieden erklären. Pressemitteilung Nr. 094/2017.

Statistisches Bundesamt (2017c): Verdienste und Arbeitskosten – Reallohnindex und Nominallohnindex, 4. Vierteljahr 2016.

Statistisches Bundesamt (2017d): Reallöhne im Jahr 2016 um 1,8% gestiegen. Pressemitteilung Nr. 103/2017.

Statistisches Bundesamt (2017e): Verdienste und Arbeitskosten – Arbeitnehmerverdienste und Indizes der Arbeitnehmerverdienste – Lange Reihen, 4. Vierteljahr 2016.



BDA | Bundesvereinigung der
Deutschen Arbeitgeberverbände

Mitglied von BUSINESSEUROPE

Hausadresse:

Breite Straße 29 | 10178 Berlin

Briefadresse:

11054 Berlin

T +49 30 2033-1950

F +49 30 2033-1955

volkswirtschaft@arbeitgeber.de

www.arbeitgeber.de

Redaktion:

Dr. Marion Eberlein

Benjamin Koller

Dr. Irene Seling

Natalia Stolz

Dr. Jupp Zenzen

Stand:

Juni 2017

Fotografie:

(Titel) georgeclerk | iStockphoto.com, (3) shironosov | iStockphoto.com,
(5) Dutko | iStockphoto.com, (7) asiseeit | iStockphoto.com,
(9) Yuri_Arcurs | iStockphoto.com, (11) Connel_Design | iStockphoto.com,
(13) sp4764 | Fotolia.com, (15) stockvisual | iStockphoto.com,
(17) adisa | iStockphoto.com, (19) monropic | Fotolia.com,
(25) ljubaphoto | iStockphoto.com, (29) SolStock | iStockphoto.com

www.arbeitgeber.de